

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 169 (2003)

Heft: 11

Artikel: Nahost : neue Ordnung oder Unordnung?

Autor: Gysling, Erich

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-68767>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nahost: Neue Ordnung oder Unordnung?

Unabhängig davon, ob die USA und ihre Verbündeten einen ökonomisch oder machtpolitisch geprägten Krieg gegen den Irak führten, wobei Letzteres plausibler erscheint, verstehen sie es nicht, Ruhe und Ordnung in eine von Krisen geschüttelte Region zu bringen. Dafür würde ein Überdenken der amerikanischen Haltung gegenüber Israel und ein empathisches Auftreten gegenüber der islamischen und arabischen Welt vonnöten sein.

ag

Erich Gysling

Krieg gegen al-Qaida und die Taliban in Afghanistan; Krieg gegen Irak; Drohungen in vager Form gegen Iran und Syrien – was treibt die USA (mit ihrem britischen Bündnispartner) zu solch offensiver Machtpolitik im Mittleren Osten? Ist das alles wirklich nur die Reaktion auf den Terror des 11. Septembers 2001 oder steckt mehr dahinter?

Es steckt tatsächlich mehr dahinter, wie die Analyse der Ereignisse der letzten zwei Jahre und zahlreiche Aussagen im Umkreis des US-Präsidenten zeigen.

Leute wie Richard Pearl, Paul Wolfowitz oder Condoleezza Rice hatten schon vor dem 11. September eine grundlegende Änderung der Nahostpolitik der USA gefordert. Dabei spielten mehrere Faktoren zusammen:

- die Sackgasse des so genannten Friedensprozesses zwischen Israel und den Palästinensern;
- die allmählich (schon vor dem 11. September) sich abzeichnende «Unzuverlässigkeit» des saudischen Regimes;
- die Widerspenstigkeit Syriens und Irans gegenüber der Forderung Israels und der USA, die Unterstützung von palästinensischen und libanesischen Widerstandsgruppen zu beenden;
- die Zusammenarbeit Russlands mit Iran im Bereich der Kernenergie;
- die den Sanktionen trotzende Überlebensfähigkeit des Saddam Hussein-Regimes.

Bei den «Falken» in Washington führte die Gesamtschau der vielschichtigen Nahost-Szenerie zur Erkenntnis, dass Amerika, sollte es seinen bisherigen Kurs fortsetzen, in der ganzen Region an Einfluss verlieren und auf längere Sicht möglicherweise auch nicht mehr imstande sein könnte, Israel unumschränkt zu protegieren.

Vermeintlicher Kriegsgrund

Die Sicherung des Zugangs zum nahöstlichen Erdöl spielte bei den Falkenszenarien eine nicht unwesentliche Rolle, und auch aus diesem Grund wandten die Bush-Getreuen ihre besondere Aufmerksamkeit dem Irak Saddam Husseins zu. Schliesslich verfügt Irak, nach Saudiarabien, über die zweitgrössten Erdölreserven der Welt.

Doch niemand lebte in der Illusion, das schwarze Gold würde, im Falle einer Eroberung Iraks, gleich in gewaltigen Mengen zugunsten der US-Wirtschaft fliessen. Es gab ja genügend Expertisen, die auf den maroden Zustand der Ölindustrie Iraks hinwiesen und die schon im Frühherbst 2002 die Kosten für eine Sanierung der irakischen Erdölinfrastruktur berechnet hatten. Die exaktesten Voraussagen machte Yahya Sadowski, Professor an der Amerikanischen Universität in Beirut. Er schilderte die Sachlage so: Allein um die bestehenden Förderanlagen zu erhalten, müsste man gut eine Milliarde Dollar investieren. Und auch wenn ein Unternehmen oder eine Gruppe von Unternehmen dieses Risiko eingehen wollte, würde es drei Jahre dauern, bis die irakische Ölproduktion auf ihr früheres Niveau von 3,5 Milliarden Barrel pro Jahr hochgefahren werden könnte. Dafür seien aber nochmals zirka acht Milliarden vonnöten. Und wollte man die Produktion auf sechs Milliarden Barrel erhöhen, würde dies, so Yahya Sadowski, nochmals zusätzliche 30 Milliarden Dollar erfordern. Bisher, bei einer Fördermenge von maximal 2,5 Milliarden Barrel (das entsprach dem vom UNO-Sanktionsregime gesetzten Eckwert) nahm Irak total pro Jahr etwa 15 Milliarden ein.

Nun muss man zu diesen Summen hinzu oder abrechnen: Irak hat gegenüber dem Ausland Schulden von 110 Milliarden Dollar, und der dafür fällige Schuldendienst erreicht jährlich mindestens fünf Milliarden. Gläubiger sind hauptsächlich arabische Nachbarländer und Russland. Die USA andererseits erklärten einmal, Irak müsse die amerikanische Invasion in Kuwait von 1991 bezahlen, und das hiesse, Irak würde den USA und Kuwait nochmals etwa 300 Milliarden Dollar schulden.

Yahya Sadowski schlussfolgerte in einem Beitrag, den «Le Monde diplomatique» veröffentlichte: «Selbst im günstigsten Szenario übersteigen die Gesamtkosten also die irakische Zahlungsfähigkeit. (...) Die USA werden natürlich versuchen, die verbleibenden Kosten ihren Verbündeten aufzubürden. Würden sie den Ölpreis drücken, würde dieses Vorhaben allerdings viel schwieriger werden.»

Das irakische Erdöl konnte somit bestenfalls als wirtschaftsstrategische Reserve betrachtet werden, aber die Protestformel «Kein Krieg für Öl», die im Vorfeld des

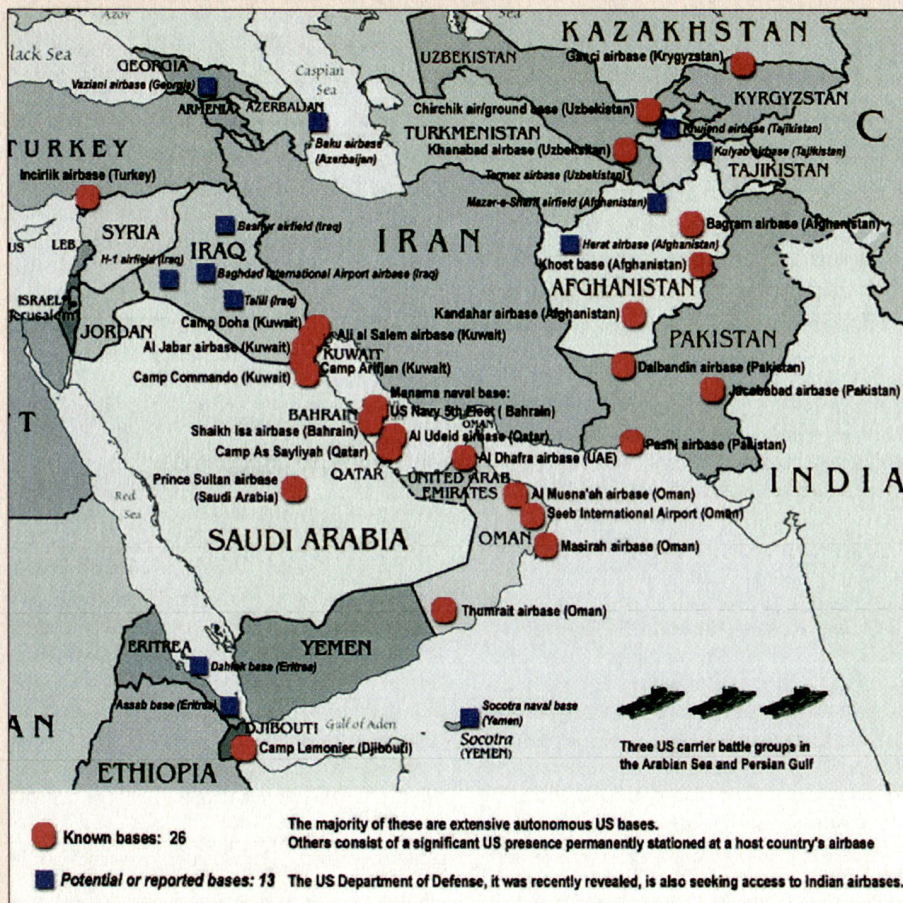
Waffengangs auftauchte, zielte am Wesentlichen vorbei. Sadowskis Analyse: «In den Irakplänen Washingtons spielte das Öl vor allem als strategischer und weniger als ökonomischer Faktor eine Rolle. Beim Krieg gegen Saddam Hussein geht es darum, die US-amerikanische Hegemonie zu wahren, und nicht etwa darum, Exxon noch höhere Profite zu verschaffen.»

Wirkliche Kriegsgründe

Worum es wirklich ging, liess Washington in der Form scheinbarer Indiskretionen im Herbst 2002 durchsickern: Die Vereinigten Staaten, als einzige weltweit aktionsfähige Ordnungsmacht, müssten freie Hand für Interventionen im ganzen Krisengebiet des Nahen und Mittleren Ostens bekommen, lautete die erste Forderung. In der Region selbst gäbe es vor allem vier Problemstaaten: Saudiarabien, Syrien, Irak und Iran. Syrien galt (und gilt in den USA noch) als Haupthindernis für die Durchsetzung eines Nahostfriedens nach den Wünschen Israels; Saudiarabien erwies sich als Hort für die Rekrutierung und die Finanzierung von fundamentalistischen Islamgruppierungen (und schliesslich waren 16 der 19 Selbstmordattentäter des 11. Septembers Saudis); Irak konnte man beschuldigen, Massenvernichtungswaffen zu besitzen oder deren Erwerb zu planen; Iran eignete sich gut als Mitglied der «Achse des Bösen» wegen der vom Westen abgewandten Herrschaft der konservativen muslimischen Rechtsgelehrten und der ideologischen Fixiertheit der Teheraner Führung. Dass die von Präsident George W. Bush vorgenommene Zuordnung Irans zur «Achse des Bösen» die Reformer schwächen würde, war vorauszusehen, schien aber bei der Entwicklung der neuen Nahostpolitik der USA keine wesentliche Rolle zu spielen.

Die Strategen in Washington kamen zur Schlussfolgerung: wenn es gelänge, Irak den USA zu öffnen, könnte man von dort aus die anderen «Problemstaaten» von einem geografischen Zentrum aus kontrollieren, beeinflussen und durch eigene Militärpräsenz auch unter Druck setzen.

Der Aufbau von vier militärischen Stützpunkten auf dem Territorium Iraks während des Kriegs wurde in den Medien eher am Rande wahrgenommen. Mittel- und langfristig aber werden diese Basen eine wesentliche Rolle spielen. Sie werden wohl auch dann nicht demontiert, wenn die Vereinigten Staaten ihre Truppen aus den Städten Iraks wieder zurückziehen, wenn sie ihre Kontingente im Lande insgesamt verringern. Das heisst, die USA werden weit über den zeitlichen Rahmen des jetzigen Engagements hinaus in Nahost auf eine bisher nicht gekannte Weise präsent



US und alliierte Militärbasen im Mittleren Osten und Zentralasien zur Zeit des 3. Golfkrieges. Quelle: Oxford Research Group

bleiben. Für die fundamentalistisch-islamistischen Kräfte ein Grund mehr, mit Gewalt zu drohen oder Gewalt anzuwenden.

Zwei Anrainerstaaten Iraks, nämlich Syrien und Iran, haben nun einen neuen direkten Nachbarn, die USA. Der syrische Aussenminister al-Shara'a kommentierte das kürzlich mit einer gewissen Ironie, indem er darauf hinwies, dass die Amerikaner nun Gelegenheit hätten, sich mit der Mentalität und den Wertvorstellungen der Araber und der Muslime besser vertraut zu machen. Er machte gleichzeitig klar, dass Syrien bei seiner eigenen politischen Linie bleiben werde. Konkret heisst das: man wird erst dann in einen Dialog mit Israel eintreten, wenn das Ziel klar erkennbar ist, nämlich die Rückgabe des gesamten Golangebiete durch Israel. Eine «offene» Gesprächssituation, so wie sie die Palästinenserführung beim Oslo-Friedensprozess akzeptierte, lehnt Syrien strikt ab. Und Syrien lässt auch keinen Zweifel daran aufkommen, dass es, ohne Sympathien für Saddam Hussein zu empfinden, mit dem irakischen Volk solidarisch ist und den Abzug der Besatzungstruppen fordert.

Einen gewissen Erfolg hatten die USA bei den Syrern dennoch: die Büros einiger palästinensischer Organisationen, die als extremistisch galten, wurden in Damaskus geschlossen. Ob permanent oder nur vorübergehend, ist offen.

Etwa in diesem Rahmen setzten die USA sich auch in Teheran durch: die

Führung der Islamischen Republik nahm einige hundert Männer fest, die als Sympathisanten oder Parteigänger von al-Qaida galten, und schob sie in ihre mittelöstlichen Heimatländer zurück. Als absurd wies die Regierung Irans andererseits die amerikanische Unterstellung zurück, sie gewähre aus Afghanistan geflüchteten Taliban Zuflucht. Ein solches Vorgehen widerspräche tatsächlich den Interessen Teherans: Iran litt schwer unter der Talibanherrschaft im Nachbarland und musste schliesslich rund 1,4 Millionen Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen. Das einzig Positive, das die Iraner rückblickend an der Taliban-Tyrannie erkennen, ist die Eindämmung des Drogenexports. Nach dem Sturz der Taliban schnellte der Export von Opium auf das Siebzehnfache an, und die Hälfte davon (geschätzt) wird durch Iran geschmuggelt, die andere durch die zentralasiatischen Republiken.

Doch dem iranischen Regime helfen die guten Gesten beim Kampf gegen al-Qaida in den Augen der US-Falken wenig oder nichts: jetzt wird unterstellt, Iran wolle sich auf dem Umweg über die Entwicklung von Kernenergie ein Potenzial für den Bau von Atombomben erwerben. Kurz: die US-Führung argumentiert gegenüber Iran ähnlich, wie sie das im Verlauf des Jahres 2002 gegen Irak tat. Ob das auch Vorbereitungen auf einen Krieg bedeuten kann, ist eher zweifelhaft. Iran wäre als Gegner bedeutend schwergewichtiger als

Irak – aufgrund der Bevölkerung von etwa 70 Millionen, aufgrund auch der Gebirgsgeografie und der Grösse des Landes. Eher denkbar wäre ein gezielter Angriff auf das Atomkraftwerk Busheer im Süden Irans – nach dem Muster der israelischen Attacke auf den irakischen Reaktor im Jahr 1981.

Freiheit und Frieden?

Zurzeit testet die US-Regierung gegenüber Iran noch eine weitere Vorgehensweise: Ermutigung der vorwiegend städtischen, vorwiegend jüngeren Bevölkerung gegenüber der doktrinären geistlichen Führung. Mit ihrer Propaganda treffen die USA da tatsächlich einen empfindlichen Punkt. Die urbane, jüngere Generation ist enttäuscht vom Reformpräsidenten Khatami, enttäuscht auch von der Machtlosigkeit all der Reformer und Reformerrinnen im Parlament und nimmt, mit einer gewissen Resignation, zur Kenntnis, dass die Konservativen um Khamenei oft auch in Umgehung von Gesetzen ihre eigene Linie durchziehen. Das macht die Opposition ansprechbar für Schmalmeienklänge aus den USA. Doch die Frage bleibt, wie gross und wie geschlossen diese Opposition wirklich ist, ob man eine Mehrheit im ganzen Land finden würde für die Abschaffung der Islamischen Republik. Und auch jenen Iranern, welche die Abschaffung der Islamischen Republik als Staatsform beibehalten, bleibt natürlich nicht verborgen, wie in sich widersprüchlich die Politik der USA in der nah- und mittelöstlichen Region sich präsentiert: wer mitspielt im «Krieg gegen Terror» und den Amerikanern militärische Basen zur Verfügung stellt, darf offenkundig weiterhin autoritär herrschen und die Menschenrechte verletzen. Das zeigte sich mit aller Deutlichkeit in Usbekistan. Selbst der Diktator Turkmenistans, Präsident Turkmenbaschi, muss keine Schelte aus Washington mehr befürchten, seit er für den Afghanistankrieg und den Irak-Krieg den Luftraum für die amerikanischen Flugzeuge freigab. Und Pakistan schliesslich kann fundamentalistischen, möglicherweise auch terroristischen Kräften im Grenzgebiet zu Afghanistan einen gewissen Freiraum gewähren (oder zumindest darauf verzichten, energisch gegen solche Gruppen vorzugehen), seit es Mitglied der «Achse des Guten», also Verbündeter der USA, geworden ist.

Unsicherheit prägt dagegen das Taktieren der US-Führung gegenüber Saudi Arabien, und das mit gutem Grund. Das Königshaus ist wahrscheinlich bedeutend stärker unter Druck vonseiten fundamentalistischer Oppositionsgruppen, als dies nach aussen zugegeben werden muss. Washington kann sich von Saudi Arabien nur graduell distanzieren, benötigt das König-

Abizaid Describes Guerilla Campaign

At a July 16 Pentagon briefing, Abizaid created a stir when he described the ongoing situation in Iraq as a "classical guerilla-type" war.

Abizaid added that the troops were doing a "magnificent job" dealing with this particular style of threat.

The US is fighting remnants of Saddam Hussein's forces that are conducting "what I would describe as a classical guerilla-type campaign against us," said Abizaid. "It's low-intensity conflict, in our doctrinal terms, but it is war, however you describe it."

Abizaid's comments were notable because it was the first official declaration that the repeated attacks against US and coalition forces in Iraq were not isolated events but part of a concerted, probably organized, campaign. Albert A. Stahel

reich aber weiterhin als Erdöllieferant und als strategischen Partner. Die Verlegung von Infrastruktur und Geräten aus Saudiarabien nach Qatar bei der Vorbereitung auf den Irak-Krieg sollte man daher nicht überbewerten.

Mit einigen wenigen Vorbehalten kann man feststellen: militärisch können die USA sich im Nahen und im Mittleren Osten konsequent durchsetzen. Aber was sind die Folgen? Bringen sie den Menschen Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie und die Beachtung der Menschenrechte? Bisher sind in all diesen Bereichen kaum konstruktive Resultate zu erkennen. In Afghanistan ist die Taliban-Diktatur in vielen Regionen durch Willkür-Herrschaftsformen lokaler Führer ersetzt worden, und in einigen Städten des Landes sind auch die Frauen wieder unterdrückt. Im israelisch-palästinensischen Konfliktraum ist man weit hinter jenen konstruktiven Ansatzpunkt zurückgefallen, der den Beginn des Oslo-Friedensprozesses (1993) kennzeichnete. In Zentralasien hat sich, wie bereits angedeutet, für die Menschen wenig geändert. Und in Irak ist von einer neuen Ordnung nur für die «spin doctors» etwas zu erkennen. Doch solange Irak im Chaos verharrt und die Versprechen der Besatzer sich als leer erweisen, solange kann Irak auch nicht zum Beispiel für die von George W. Bush vorausgesagte neue Ordnung werden.

Weshalb haben Bush und Blair sich in Irak derart gravierend «verrannt»? Sie zogen bekanntlich nicht nur mit dem Argument in den Krieg, man müsse die Welt vor Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins schützen, sondern man habe auch die moralische Pflicht, den Irakern Freiheit und Demokratie zu bringen. Und beide, Bush und Blair sowie deren Interpreten, die so genannten «spin doctors», zeigten

sich überzeugt, dass ihre Soldaten im Zweistromland von Schiiten, Sunniten und Kurden mit offenen Armen empfangen würden. Es kam bekanntlich anders, und dies aus einer ganzen Menge von Gründen.

Am leichtesten hatten und haben es die Besatzer bei den Kurden im Norden Iraks. Die möchten in erster Linie ihre seit 1991 gewachsene Autonomie garantiert bekommen. Dazu brauchen sie die Amerikaner, sonst droht ein Einmarsch des türkischen Militärs und damit das Ende der Eigenständigkeit. Grund zu Misstrauen gegen die USA haben die Kurden allerdings ebenfalls. Denn als sie sich in den achtziger Jahren gegen die Zentralgewalt in Bagdad erhoben und dafür mit Giftgas attackiert wurden, setzte sich keine westliche Macht für sie ein, so wenig wie zu früheren Zeiten, als sie bei anderen Gelegenheiten um ihre Unabhängigkeit kämpften. Irak sei ein «potenzieller strategischer Verbündeter», liess Washington Anfang 1989 offiziell verlauten. Es handelte sich, wohl verstanden, um den Irak des Diktators Saddam Hussein, der kurz zuvor, nach achtjährigem Blutvergiessen, den Krieg mit Iran (in dem ebenfalls Giftwaffen eingesetzt wurden) beendet hatte. Und der diesen Krieg auch nur deshalb so sehr in die Länge ziehen konnte, weil westliche Mächte ihn mit Waffentechnologie unterstützten. Die westlichen Regierungen ihrerseits, allen voran die USA, wollten damals Iran in Schranken halten – man befürchtete eine Ausbreitung des Modells einer «Islamischen Republik».

Die Schiiten im Süden des Landes befinden sich in einer noch komplizierteren Situation. Auch sie wurden vom Regime Saddam Husseins unterdrückt, aber bei ihnen ist das Misstrauen gegen die Besatzer wahrscheinlich etwa ebenso gross wie gegen die alten Tyrannen aus Bagdad. Das ist verständlich – schliesslich lancierten sie 1991, nach dem Ende des Kriegs der 28-Nationen-Koalition, aufgrund von Solidaritätsversprechen vonseiten des damaligen US-Präsidenten Bush (Vater) den Volksaufstand gegen Saddam und mussten die Erfahrung machen, dass den schönen Worten aus Washington keine Taten folgten. Man liess sie förmlich draussen im Regen stehen, und zwar im Kugelregen der irakischen Armee. Denn plötzlich setzte sich bei Bush die Befürchtung fest, die Schiiten könnten sich, bei einem Erfolg des Aufstandes, mit den in Iran dominierenden Schiiten verbünden und eine zweite islamische Republik proklamieren.

Die Iraker im so genannten sunnitischen Dreieck, also der weiteren Region um Bagdad, stehen den Befreiern wieder aus anderen Gründen feindselig gegenüber. Bei ihnen gibt es erstens einen relativ grossen Bevölkerungsanteil, der von der Willkürherrschaft Saddam Husseins profitierte.

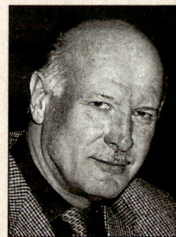
Man hatte Arbeit, konnte innerhalb der Baath-Partei Karriere machen, man erhielt seinen Lohn und bei zufälligen Besuchen des Herrschers darüber hinaus auch noch stattliche Geschenke. Die Sunniten aus dieser Region stellten auch den Grossteil der Bestände der verschiedenen Truppengattungen – und als die Amerikaner den zu erwartenden militärischen Sieg errungen hatten, standen sie, eine Schar von mehreren hunderttausend, ohne Beschäftigung und vor allem ohne Lohn auf der Strasse.

Vollends in die Ungunst der Iraker katalpultierten sich die Besatzungsmächte durch ihre Passivität bei den Plünderungen im April und Mai und durch ihre Unfähigkeit (oder ihr Desinteresse?), die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu garantieren, der Kriminalität Einhalt zu gebieten und die Infrastruktur im Bereich Elektrizität und Wasser wieder herzustellen.

Es ist schwierig, sich des Verdachts zu erwehren, die Führung der USA und Grossbritanniens hätten sich nur für die Kriegführung und nicht für die Konsolidierung des Friedens und den Wiederaufbau interessiert. Die bisherigen Negativbefunde über Massenvernichtungswaffen in Irak sind, versteht sich, auch nicht geeignet, die Glaubwürdigkeit der USA und Grossbritanniens zu stützen, im Gegenteil.

Einen Trost können die Besatzungsmächte immerhin noch schöpfen: es bildete sich weder während des Krieges noch danach eine einheitliche arabische Front, im Gegenteil. Die meisten Regierungen im arabischen Raum gingen heimlich (d.h. verleugnet vor der eigenen Bevölkerung) auf Forderungen der USA zu Überflug- oder der Nutzung von Stützpunktrechten ein. So wird es auch sein, sollten die Washingtoner Falken sich zu Schlägen gegen die einzigen Widerspenstigen respektive Standfesten entscheiden, gegen Syrien und Iran.

Mit einem solchen Vorgehen könnten die USA (und die Briten, solange Tony Blair noch Premierminister ist) zwar auch einen nächsten Krieg gewinnen, aber keinen Frieden in Nahost. Der setze nämlich etwas anderes voraus: die Beendigung der einseitig proisraelischen Haltung und die Anerkennung grundlegender Wertvorstellungen innerhalb der arabischen, vom Islam stark geprägten Welt. ■



Erich Gysling,
freier Journalist und
Fachpublizist für
den Nahen und
Mittleren Osten,
8037 Zürich.